

EURO-LETTER

Nr. 122

Juni 2005

Der Euro-Letter wird im Namen der ILGA-Europa – Der Europäische Regionalverband des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands - [The European Region of the International Lesbian and Gay Association] von der internationalen Abteilung des Dänischen Nationalverbands für Schwule und Lesben mit Unterstützung von der Europäischen Gemeinschaft – Die Europäische Union gegen Diskriminierung – veröffentlicht.

Herausgeber/innen: Steffen Jensen, Juris Lavrikos, Ken Thomassen, Peter Bryld, Lisbeth Andersen und Soeren Baatrup.

Kontakt zum Euro-Letter: steff@inet.uni2.dk * <http://www.steffenjensen.dk>

Sie können den Euro-Letter [in Englisch] per E-Mail bekommen, wenn Sie eine Mitteilung ohne Text senden an: euroletter-subscribe@yahoogroups.com

Alle Euro-Letter [auf Englisch] sind im Internet zugänglich unter: <http://www.steff.suite.dk/eurolet.htm>

Dieser Euro-Letter ist im pdf-Format abrufbar unter: http://www.steff.suite.dk/eurolet/eur_122.pdf

Portugiesische Übersetzungen sind verfügbar unter: <http://www.steff.suite.dk/eurolet.htm>

Deutsche Übersetzungen sind verfügbar unter: <http://www.lglf.de/ilga-europa/euro-letter/index.htm>

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen geben nicht unbedingt die Position oder die Meinung der Europäischen Kommission wieder.

In dieser Ausgabe

- PARTNERSCHAFTSRECHTE IN DER SCHWEIZ NACH DEM REFERENDUM
- NEUESTER STAND DES SLOWENISCHEN GESETZENTWURFS ZUR EINTRAGUNG GLEICHGESCHLECHTLICHER PARTNERSCHAFTEN
- WERDEN DAS FRANZÖSISCHE UND NIEDERLÄNDISCHE NEIN [ZUR EU-VERFASSUNG] DEN SCHUTZ GEGEN DISKRIMINIERUNG UNTERGRABEN?
- ILGA-EUROPA SETZT LOBBY-ARBEIT FÜR LGBT-RECHTE MIT DER OSZE FORT
- RESOLUTION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUM SCHUTZ VON MINDERHEITEN UND ANTIDISKRIMINIERUNGSMABNAHMEN IN EINEM ERWEITERTEN EUROPA
- 2007 SOLL DAS JAHR DER CHANCENGLEICHHEIT FÜR ALLE SEIN
- EUROPÄISCHE POLITIKEN FÜR DIE JUGEND: DIE VORSCHLÄGE DER KOMMISSION
- 11. SUMMER MEDITERRANEAN UNIVERSITIES OF HOMOSEXUALITY
- SALTO-YOUTH: REGENBOGEN 2005 TRAINING

Quelle: http://www.steff.suite.dk/eurolet/eur_122.pdf * Anmerkungen des Übersetzers in eckigen Klammern * In Texten verwendete und nicht erläuterte Abkürzungen: LGBT = Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender); EG = Europäische Gemeinschaft(en); EU = Europäische Union; NGO = nichtstaatliche Organisation.

PARTNERSCHAFTSRECHTE IN DER SCHWEIZ NACH DEM REFERENDUM

Von swissinfo 05. Juni 2005

<http://www.swissinfo.org/sen/swissinfo.html?siteSect=105&sid=5845155>

Organisationen für Schwulen- und Lesbenrechte feiern, nachdem die Wähler/innen am Sonntag einem neuen Gesetz zugestimmt haben, das homosexuellen Paaren erlaubt, ihre Partnerschaften eintragen zu lassen.

Das Ergebnis heißt, dass schwulen und lesbischen Paaren nun in den Bereichen Renten, Erbschaft und Steuern die gleichen Rechte gewährt werden, wie verheirateten Paaren. Aber die Adoption von Kindern und der Zugang zur künstlichen Befruchtung ist ihnen nicht gestattet.

Die Ergebnisse des Referendums am Sonntag brachten die Unterstützung für eingetragene Partnerschaften auf 58 Prozent, was die "Ja"-Kampagne als "wundervoll" bezeichnete.

Auf der Feier nach der Abstimmung erklärte Kampagnensprecher Christian Verdon swissinfo, dass er "sehr glücklich" wäre.

"[Das Ergebnis] zeigt, dass wir eine pluralistische Gesellschaft sind, die ihre Minderheiten verteidigt. Homosexuelle haben heute ihren Platz in der Gesellschaft wohl verdient."

Verdon fügte hinzu, dass das Ergebnis auch ein großer Schritt nach vorn im Kampf gegen Homophobie [Homosexuellenfeindlichkeit] wäre. "Es wird schwule Paare weit sichtbar machen", erklärte er. "Menschen fürchten nur, was sie nicht kennen."

Obwohl das Gesetz zur eingetragenen Partnerschaft vom Parlament beschlossen worden war, sammelte eine kleine konservative, religiöse Partei, die Eidgenössische Demokratische Union, genug Unterschriften, um das Referendum am Sonntag zu erzwingen.

Nicole Béguin, Kopräsidentin der Schweizer Lesbenorganisationen, erklärte, das Ergebnis wäre ein klares Anzeichen dafür, dass Homosexuelle jetzt im Land akzeptiert würden.

"Vor zehn Jahren wäre einem solchem Vorschlag nie zugestimmt worden."

Enttäuschung

Als Reaktion auf das Ergebnis erklärte die "Nein"-Kampagne, die im Vorfeld der Abstimmung eindringlich gegen die schwule Partnerschaft Einfluss genommen hatte, sie wäre von dem Ergebnis nicht enttäuscht und würde es akzeptieren.

"Wir sind von dem Ergebnis überrascht, das besser ist als erwartet, weil wir es geschafft haben, über 40 Prozent der Stimmen zu erreichen", erklärte Christian Waber von der Eidgenössischen Demokratischen Union. "Aber die Schweizer Bürger/innen müssen nun die Verantwortung für die Abstimmung übernehmen."

Gegner/innen von eingetragenen Partnerschaften warnen bereits jetzt davor, was sie die "Konsequenzen" für die Gesellschaft und die Politiken nennen. Laut Waber werden nun schwule Paare damit beginnen, das Recht auf Kinderadoption und künstliche Befruchtung zu fordern.

Unterstützer/innen der "Nein"-Kampagne erklären, dass sie auch Pläne für schwule Menschen bekämpfen werden, Schulkindern zu erklären, was Homosexualität ist.

"Kinder werden insbesondere nicht länger verstehen, was Heterosexualität bedeutet", teilte Waber swissinfo mit. "Wir werden sehen, wie die Gesellschaft immer "homosexueller" wird.

Eingetragene Partnerschaften gab es vorher nur auf regionaler Ebene in den Kantonen Zürich, Genf und Neuchâtel.

Die Zustimmung zu dem Gesetz – zum ersten Mal ist darüber in Europa auf nationaler Ebene abgestimmt worden – bringt die Schweiz auf eine Linie mit dem benachbarten Deutschland und Frankreich.

Die von der Regierung unterstützten Maßnahmen zielen auf die Abschaffung von Ungleichheiten im gegenwärtigen System, die Homosexuelle daran hindern können, kranke Partner/innen im Krankenhaus zu besuchen oder durch die sie hohen Erbschaftssteuern ausgesetzt sind.

Wir haben noch viel Arbeit vor uns, um zu erklären, was schwul sein und eingetragene Partnerschaften bedeuten.

Keine Eheschließung

Im Vorfeld der Abstimmung war die Regierung in großen Nöten, zu betonen, dass eingetragene Partnerschaften nicht mit traditionellen Ehe gleichzusetzen wären.

"Eine eingetragene Partnerschaft ist keine Ehe; es ist eine Institution für die Menschen, die definitionsgemäß nicht heiraten können", erklärte Justizminister Christoph Blocher.

Die meisten politischen Parteien sprachen sich für die Einführung der eingetragenen Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare aus, aber sie wurde von Blochers rechtsstehender Schweizerischen Volkspartei abgelehnt. Die Religionsgemeinschaft war auch geteilter Meinung. Die römisch-katholische

Bischofskonferenz war gegen das Gesetz, aber der Zusammenschluss der protestantischen Kirchen in der Schweiz unterstützte es.

Ein Großteil der schwul/lesbischen Community [Gemeinschaft] unterstützte ebenfalls den Gesetzentwurf, aber einige waren besorgt, die Gesetzgebung würde keine Familien oder symbolische Handlungen, wie das Jawort in einer Zeremonie - wie bei einer Eheschließung - oder den Gebrauch des gleichen Namens gestatten.

Laut Verdon werden sich Schwulen- und Lesbenorganisationen jetzt erwartungsgemäß Zeit nehmen, um über das Ergebnis nachzudenken und sollten keine Forderungen, wie die Adoption für homosexuelle Paare, in naher Zukunft stellen.

"Es wäre ein Fehler, jetzt [Adoptionsrechte] zu fordern. Wir haben noch viel Arbeit auf nationaler Ebene vor uns, um zu erklären, was schwul sein und eingetragene Partnerschaften bedeuten."

NEUESTER STAND DES SLOWENISCHEN GESETZENTWURFS ZUR EINTRAGUNG GLEICHGESCHLECHTLICHER PARTNERSCHAFTEN

Von Tatjana Greif, SKUL-LL

Am **17. Juni 2005** passierte der **Gesetzentwurf zur Eintragung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften** seine zweite Lesung in der slowenischen Staatsversammlung [Parlament]. Der von der neuen konservativen Regierung ohne Rücksprache mit den LGBT-NGOs verfasste Gesetzentwurf ist klar diskriminierend, indem er sexuelle Apartheid statt gleicher Rechte und Schutz einführt.

Die parlamentarische Debatte über den Gesetzentwurf in Juni war extrem **erniedrigend** für LGBT-Bürger/innen, die als **"krank"** und **"medizinisch dringend behandlungsbedürftig"** bezeichnet und mit **Alkoholismus** und **Kleptomanie** verglichen wurden. **"Diese Liebe ist eine Krankheit"**, wurde unter anderen vom Abgeordneten Herrn **Anton Kokalj** festgestellt (NSi = Neue Christliche Volkspartei). Darüber hinaus schlug der Abgeordnete Herr **Pavel Rupan** (Mitglied der führenden Regierungspartei SDS = Sozialdemokratische Partei) während der Debatte vor, den **"verpflichtenden gynäkologischen Test von Genitalien"** für zwei Abgeordnete von den Oppositionsparteien einzuführen: Frau **Majda Potrata** (DS = Demokratische Partei) und Frau **Majda Sirca** (LDS = Liberaldemokraten), die mehrere Verbesserungsvorschläge für den Gesetzentwurf einbrachten. Der Vizepräsident des Nationalparlaments Herr **Saso Pece** weigerte sich, die außergewöhnlich vulgäre Auseinandersetzung zu beenden, und ließ weiter debattieren.

Aus diesem Grund verließen die Mitglieder von DS und LDS die Sitzung und gingen raus.

Der neue Gesetzentwurf zur Eintragung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ist verglichen zum alten Entwurf (Gesetzentwurf zu gleichgeschlechtlichen Verbindungen) erheblich schlechter und deckt nur Eigentumsbeziehungen, das Recht und die Pflicht, den/die sozial schwächere/n Partner/in zu unterstützen, sowie nur teilweise das Erbschaftsrecht ab. Es führt keine Rechte zur sozialen Sicherheit (die Übertragung von Sozial- und Krankenversicherungen, Rentenansprüche) ein und es verleiht den Partnern/innen nicht die Rechtsstellung von Verwandten. Der Gesetzentwurf zur Eintragung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften soll vom Nationalparlament am **22. Juni** weiter diskutiert und vermutlich verabschiedet werden.

Der lange Kampf slowenischer NGOs für die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Verbindungen, **der 1997 begann**, steckt nun in der Sackgasse. Während die frühere, liberale Regierung sieben Jahre brauchte, um die Angelegenheit im Parlament einzubringen und der Mangel an politischem Willen mehr als offensichtlich war, hastet die neue, konservative Regierung zur bruchstückhaften Legalisierung schwuler und lesbischer Partnerschaften mit offensichtlichem Mangel an zivilem Dialog und ignoriert die wirklichen Bedürfnisse von LGBT-Bürgern/innen. Die Diskussion über Schwulen- und Lesbenrechte in Slowenien hat sich in eine Arena politischer Kämpfe zwischen den beiden politischen Blöcken verwandelt, von denen jeder extrem unterschiedliche Standpunkte vertritt. Es gibt keinen Gewinner in dieser Situation; die eigentlichen Verlierer sind schwule und lesbische Paare.

Es war eine riesige Enttäuschung für LGBT-Organisationen und die Community [Schwulen- und Lesbengemeinschaft] in Slowenien, als die neue Regierung als eine ihrer ersten Maßnahmen im Dezember 2004 den **Gesetzentwurf zu gleichgeschlechtlichen Verbindungen** von der parlamentarischen Tagesordnung absetzte. Vor dem Regierungswechsel hatte die slowenische Staatsversammlung den Gesetzentwurf bereits im Juli 2004 diskutiert. Der (alte) Gesetzentwurf zu gleichgeschlechtlichen Verbindungen war in Zusammenarbeit zwischen der Exregierung und NGOs verfasst worden. Er sollte alle Rechte wie in der Ehe bringen, außer Adoptionsrechte.

WERDEN DAS FRANZÖSISCHE UND NIEDERLÄNDISCHE NEIN DEN SCHUTZ GEGEN DISKRIMINIERUNG UNTERGRABEN?

Im vergangenen Mai stimmten zwei Gründungsmitgliedstaaten der Europäischen Union, Frankreich und die Niederlande, mit Nein bei ihren Refe-

renden zur Europäischen Verfassung. Die Regierung des Vereinigten Königreichs stoppte das Vorhaben eines Referendums in diesem Land. Zwei Ablehnungen durch die ältesten und traditionell am meisten für Europa eingestellten Mitgliedstaaten innerhalb einer Woche und ein Einfrieren des Referendums im Vereinigten Königreich führten zu einer ernsten politischen Krise und warfen Fragen über das gesamte "europäische Projekt" auf. Trotz der Aufforderung aus Brüssel, dass die Ratifizierungen der Verfassung in anderen EU-Mitgliedstaaten weiter gehen sollten, gibt es echte und ernste Zweifel über ihre Zukunft.

Wenn sie von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert wird, würde die Europäische Verfassung der erste internationale Vertrag sein, in dem die Diskriminierung sexueller Orientierung ausdrücklich verboten ist. Sie würde EU-Einrichtungen und Mitgliedstaaten in die Pflicht nehmen, nicht aus Gründen sexueller Orientierung zu diskriminieren, wenn sie EU-Recht einführen.

Die Ablehnungen in Frankreich und den Niederlanden werfen Unsicherheiten über die Zukunft der Europäischen Verfassung auf und könnten zu ihrer Neuverhandlung durch alle 25 EU-Mitgliedstaaten führen. Die ILGA-Europa ist besorgt, dass es schwierig sein könnte, eine einvernehmliche Vereinbarung zur Gewährung von Grundrechten zu erreichen, einschließlich des Verbots der Diskriminierung sexueller Orientierung, ein bedeutender Abschnitt in dem grundlegenden Vertrag der EU. Patricia Prendiville, Geschäftsführerin der ILGA-Europa, erklärte: "Was auch immer bei der gegenwärtigen Krise mit der Europäischen Verfassung heraus kommt, wir fordern EU-Institutionen und Mitgliedstaaten auf, sich daran zu erinnern, dass Gleichstellung und Nichtdiskriminierung die grundlegenden Kernprinzipien der Union sind, und wir hoffen, dass die Union ihren Einsatz und ihre Verpflichtung, alle Formen von Diskriminierung zu bekämpfen, fortsetzen wird, einschließlich gegen lesbische, schwule, bisexuelle und transgender Menschen."

Mehr zur Europäischen Verfassung auf unserer Website [in englischer Sprache]: www.ilga-europe.org

ILGA-EUROPA SETZT LOBBY-ARBEIT FÜR LGBT-RECHTE MIT DER OSZE FORT

LGBT-Fragen werden sichtbarer und fallen mehr auf, während die OSZE [Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa] fortfährt, ihren Auftrag für Toleranz und Nichtdiskriminierung zu erfüllen, indem sie neue Instrumente einführt und große internationale Veranstaltungen durchführt. Es ist allerdings wahr, dass Verbrechen aus Hass und

Diskriminierung gegenüber LGBT-Communities viel weniger Umfang und Bedeutung eingeräumt wird, wie Antisemitismus, Rassismus oder sogar einem neuerdings entwickelten Konzept – Christentumphobie. Diskussionen über Antisemitismus und Christentumphobie [feindliche Einstellung gegenüber Christen] beherrschten die OSZE-Konferenz zu Antisemitismus und anderen Formen der Intoleranz, die in Córdoba vom 07. bis 09. Juni stattfand. Die durch die Geschäftsführerin Patricia Prendiville und dem neu ernannten Programmdirektor Maxim Anmeghichean vertretene ILGA-Europa nahm während der drei Tage aktiv Einfluss. Sie mischte sich einmal mündlich und einmal schriftlich ein, indem sie die Mitgliedstaaten aufforderte, Homosexualität zu entkriminalisieren (immer noch in Turkmenistan und Usbekistan mit Gefängnis bestraft), das Mindestschutzzalter anzugleichen, Antidiskriminierungsgesetzgebung einzuführen, die die Beweggründe sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsausdruck umfasst, und LGBT-Fragen bei Ausbildungen zur Rechtsdurchsetzung und anderen erzieherischen Maßnahmen zur Querschnittsaufgabe zu machen. Es ist wichtig, zu erwähnen, dass eine bedeutende Anzahl von Redner/innen, wie die im Namen der Vereinigten Staaten, Luxemburgs, der EU-Präsidentschaft, der Niederlande, Schwedens, Deutschlands und Spaniens sexuelle Orientierung erwähnt haben, wenn sie über Verbrechen aus Hass gesprochen haben. Eine Zusammenarbeit mit der persönlichen Vertreterin des Vorsitzenden des Büros der OSZE für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, Frau Anastasia Crickley. Frau Crickley wurde bei der polnischen Regierung wegen des Verbots des Warschauer Marsches für Toleranz vorstellig. Die ILGA-Europa hat außerdem eine Nebenveranstaltung über Verbrechen aus Hass gegenüber LGBT-Communities organisiert. Hauptredner war Ricardo Soares aus Portugal, der den Mut hatte, den Hergang eines von einer portugiesischen "Bürgerwehr" begangenen Verbrechens aus Hass mitzuteilen, dessen Opfer er war.

Bedauerlicherweise enthält die von den Mitgliedstaaten während der Konferenz verabschiedete Erklärung von Córdoba keine Hinweise auf sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsausdruck, auch nicht auf Roma Menschen. Das ist in sich widersprüchlich und zeigt, dass immer noch eine Menge Arbeit geleistet werden muss, um die OSZE zu einer umfassenderen internationalen Organisation zu machen. Und die ILGA-Europa ist dabei!

Einlassungen der ILGA

OSZE-KONFERENZ ZU ANTISEMITISMUS UND ANDEREN FORMEN DER INTOLERANZ
Córdoba, 08. bis 09. Juni 2005

Sitzung 3: Reaktionen auf antisemitische und hassmotivierte Verbrechen

Einlassung von Patricia Prendiville, ILGA-Europa

Wir haben Berichte über gewalttätige durch Homosexuellenfeindlichkeit motivierte Verbrechen aus Hass in Bulgarien, Moldawien, Schweden, Deutschland, den Niederlanden, Irland, der Türkei, dem Vereinigten Königreich, Griechenland, Frankreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Portugal innerhalb der vergangenen sechs Monate gehabt.

In vielen dieser Situationen musste das Opfer über die Verbrechen in einer Umgebung berichten, in der es entweder unmöglich oder sehr schwierig war, die Motivation für den Angriff zu benennen. In einigen Fällen war die Gefahr des Berichtens und nachfolgender Konsequenzen für die Person zu groß und das Verbrechen wurde verschwiegen.

In den vergangenen zwei Monaten sind Pride Paraden – Märsche für Vielfalt, Paraden für Toleranzkultur – in Moldawien, Rumänien und Polen verboten worden.

Wir erkennen die sehr gute Arbeit des ODIHR [Office for Democratic Institutions and Human Rights = Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte] an, eine Arbeitsdefinition für Verbrechen aus Hass zu entwickeln, welche den Beweggrund sexuelle Orientierung, das Pilotprogramm zur Polizeiausbildung und die Entwicklung der Datenbank zur Dokumentation der Verbrechen aus Hass einbezieht.

Des Weiteren begrüßen wir die Rolle der persönlichen Vertreterin des Vorsitzenden des Büros, diese Situationen mit Vertretern/innen von Mitgliedstaaten zu diskutieren.

Wir fordern die OSZE und alle Mitgliedstaaten auf,

- den im Umlauf befindlichen Entwurf der Córdoba-Erklärung zu ändern, um Schikane und Aufhetzung zu durch sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsausdruck motivierte Verbrechen aus Hass einzubeziehen;
- die vom ODIHR entwickelte Arbeitsdefinition für Verbrechen aus Hass zu billigen;
- alle Teilnehmerstaaten darin zu bestärken, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität in die Definition von Verbrechen aus Hass aufzunehmen;
- eine Polizeiausbildung zu entwickeln, dass keine Verbrechen aufgrund homosexuellenfeindlicher Gewalt wegen Folgeängsten unberichtet bleiben;

- an der vom ODIHR entwickelten Pilotausbildung für Rechtsdurchsetzung bei Verbrechen aus Hass teilzunehmen;
- das Bewusstsein für Toleranz in allen Gesellschaften zu schärfen und zu fördern, insbesondere in Hinsicht auf soziale und kulturelle Veranstaltungen durch Minderheiten.

Wir fordern Staaten und Institutionen auf, die Weiterentwicklung der Dokumentation und Überwachung von Verbrechen aus Hass zu unterstützen.

Wir sind zur Zusammenarbeit mit anderen NGOs bereit und verfügbar, um auf ihre Erfahrung der Dokumentation, Berichterstattung und Überwachung von Verbrechen aus Hass aufzubauen.

Aber bei allen Formen des Verbrechens aus Hass und der Intoleranz kann es nicht den NGOs und der lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgender Community überlassen bleiben, diese Aufgabe allein in Angriff zu nehmen. Auch Staaten und Institutionen müssen ihre Rolle in bedeutungsvoller Weise spielen.

Einlassung von Maxim Anmeghichean, ILGA-Europa

Die Mitgliedsorganisationen der ILGA-Europa überall in den Mitgliedstaaten der OSZE haben zahllose Fälle von Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen aus Hass und Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsausdruck dokumentiert. Diese Verstöße stammen von vorurteilsbehafteten sozialen Gruppen, sind aber in vielen Fällen institutionalisiert und werden von staatlichen Behörden praktiziert. Sie können die Form diskriminierender Gesetze (Homosexualität steht immer noch in zwei Mitgliedstaaten der OSZE unter Strafe: Usbekistan und Turkmenistan) wie auch diskriminierender Praktiken annehmen, deren Quelle sehr oft, insbesondere in osteuropäischen Staaten, die Justizbehörden sind.

In diesem Zusammenhang fordern wir die OSZE-Mitgliedstaaten auf,

- Druck auf die Regierungen von Turkmenistan und Usbekistan auszuüben, einvernehmliche homosexuelle Beziehungen zu entkriminalisieren;
- diskriminierende Gesetzgebung in Hinsicht auf Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderrechte insbesondere bezüglich des diskriminierenden Mindestschutzesalters in einigen der Mitgliedstaaten abzuschaffen;

- Erziehungsprogramme für die Förderung von Toleranz in Schulen und anderen Ausbildungseinrichtungen zu entwickeln, die alle Minderheitenfragen einbeziehen, einschließlich der sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität und des Geschlechtsausdrucks;
- zu gewährleisten, dass das ODIHR finanziell ausreichend ausgestattet ist, um sich für Toleranz- und Antidiskriminierungsinitiativen einzusetzen;
- Finanzmittel für die NGOs zur Verfügung zu stellen, um eine angemessene Partnerschaft zwischen dem ODIHR und der Zivilgesellschaft sicherzustellen, wie auch die Möglichkeit, gemeinsame Projekte durchzuführen, zum Beispiel im Bereich der Datensammlung über Verbrechen aus Hass;
- Kontinuität zu gewährleisten, die Büros der drei persönlichen Vertreter/innen des Bürovorstehenden zu stärken und finanziell vollständig auszustatten.

Im Namen der europäischen LGBT-Community möchten wir unser Bedauern über die Tatsache zum Ausdruck bringen, dass der slowenische Vorsitz nirgendwo Hinweise im Textentwurf der Córdoba-Erklärung auf die Diskriminierung oder die Aufhetzung zu Hass gegen Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgender-Communities wie auch auf Roma, Sinti und traveller community ["Zigeuner/innen" in Großbritannien] gemacht hat. Wir hoffen, dass diese wesentliche Auslassung zum Ende der Konferenz oder in den kommenden Wochen richtig gestellt werden kann.

RESOLUTION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUM SCHUTZ VON MINDERHEITEN UND ANTIDISKRIMINIERUNGSMABNAHMEN IN EINEM ERWEITERTEN EUROPA

Am 08. Juni 2005 verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung zum Schutz von Minderheiten und zu Antidiskriminierungspolitik in einem erweiterten Europa (2005/2008(INI)).

Mehrere von der ILGA-Europa vorbereitete Änderungsanträge wurden in den Bericht aufgenommen und verabschiedet. Eine Reihe von Änderungsanträgen wirft ein Schlaglicht auf das Problem der Homosexuellenfeindlichkeit und homosexuellenfeindlicher Verbrechen aus Hass. In einer Reihe weiterer Änderungsanträge wird der Zusammenhang zwischen Antidiskriminierungs-NGOs und

den Strukturmitteln der EU, besonders dem Europäischen Sozialfond, gestärkt.

Der vollständige Text der Entschließung [in deutscher Sprache]:

<http://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?PUBREF=//EP//TEXT+TA+20050608+ITEMS+DOC+XML+V0//DE&LEVEL=3&NAV=X#sdocta5>

2007 SOLL DAS JAHR DER CHANCENGLEICHHEIT FÜR ALLE SEIN

Die Europäische Kommission hat 2007 als "Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle" als Teil der gemeinsamen Anstrengung, Gleichstellung und Nichtdiskriminierung in der EU zu fördern, bestimmt. Das Europäische Jahr ist das Herzstück einer Rahmenstrategie, die ausgelegt ist, um zu gewährleisten, dass Diskriminierung wirksam bekämpft wird, Vielfalt zelebriert und Chancengleichheit für alle gefördert wird. Die Strategie wird in einer Mitteilung dargelegt, die heute von der Europäischen Kommission gebilligt wurde.

Die von der Kommission vorgeschlagenen vier Hauptthemen des Europäischen Jahrs sind:

Rechte – Sensibilisierung für das Recht auf Gleichstellung und Nichtdiskriminierung

Gesellschaftliche Präsenz – Stimulierung einer Debatte über Möglichkeiten, die Teilnahme unterrepräsentierter Gruppen in der Gesellschaft zu steigern

Anerkennung – Vielfalt herausstellen und Raum geben

Respekt und Toleranz – Förderung einer Gesellschaft mit mehr Zusammenhalt.

Der für das Jahr vorgeschlagene Haushalt in Höhe von € 13,6 Millionen wird vorbereitende Aktivitäten im Jahr 2006 und die verschiedenen, während des Europäischen Jahres 2007 stattfindenden, Aktivitäten abdecken. Zusätzlich zum Europäischen Jahr umfassen die von der Kommission angekündigten neuen Initiativen:

Eine Machbarkeitsstudie, um mögliche neue Maßnahmen zur Ergänzung geltender EG-Gesetzgebung zur Antidiskriminierung auszumachen, die Einsetzung einer hochrangigen Berater/innengruppe, um die soziale Integration und die Integration auf dem Arbeitsmarkt von Minderheiten, einschließlich der Roma, zu prüfen.

http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/fundamental_rights/pdf/ey07/com07_de.pdf

EUROPÄISCHE POLITIKEN FÜR DIE JUGEND: DIE VORSCHLÄGE DER KOMMISSION

Am 30. Mai verabschiedete die Europäische Kommission eine Mitteilung über europäische Politiken im Jugendbereich [auf Deutsch]:

http://europa.eu.int/comm/youth/whitepaper/post-launch/com_206_de.pdf.

Dieser Text ist eine Umsetzung der Verabschiedung des Europäischen Pakts für die Jugend durch den Europäischen Rat im März 2005, in dem vorgeschlagen wurde, Maßnahmen für junge Menschen in den Bereichen Beschäftigung, Integration und sozialer Aufstieg, allgemeine und berufliche Bildung, Mobilität und Vereinbarkeit von Familie und Arbeitsleben zu ergreifen.

In der Mitteilung wird herausgestellt, dass die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen mehr als doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote in Europa ist, während junge Menschen als Gruppe besonders dem Risiko der Armut ausgesetzt sind. Laut der Mitteilung können die Ziele eines größeren Wachstums und mehr Jobs nur erfüllt werden, "wenn Jugendliche durch eine hochwertige und realitätsnahe allgemeine und berufliche Bildung mit den erforderlichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen ausgestattet werden und wenn Hindernisse, wie das Aufwachsen in Armut und sozialer Ausgrenzung beseitigt werden". In der Mitteilung wird ein Konsultationsprozess über Jugendpolitik angekündigt, der in diesem Sommer mit einer Konsultierung [Jugendlicher] im Internet beginnt, und in einem "Etats Généraux" – "Jugend ergreift das Wort" Ende 2005 gipfelt.

(Quelle: EG)

Für weitere Informationen [auf Englisch] siehe: http://europa.eu.int/comm/youth/index_en.html

11. SUMMER MEDITERRANEAN UNIVERSITIES OF HOMOSEXUALITY

Anmeldungen sind wieder möglich für die 11. Summer Mediterranean Universities of Homosexuality (UEEH) (auf Französisch und Englisch: <http://www.ueeh.org>). Sie dauern von Dienstag, dem 19. bis Dienstag, dem 26. Juli 2005, und finden in Marseille auf dem Leminy Campus statt.

Während einer vollen Woche treffen sich mehrere Hundert Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender aller Geschlechtsausprägungen, Altersstufen, Abstammungen und Staatsangehörigkeiten zu dieser 11. Auflage. Offen für alle ist die UEEH ein Raum des Austauschs, der Debatten, von Diskussionsgruppen. Das wird durch Konferenzen, Arbeits-

kreise, Ausstellungen, gesellige Aktivitäten, Shows und mehr geleistet.

Das Programm befasst sich mit von Vereinigungen und Einzelpersonen gestalteten Projekten in Frankreich und anderswo, die während des gesamten Jahres in die Tat umgesetzt wurden und darauf abzielen, die Sichtbarkeit von Lesben, der Trans-Frage, von Gesundheit, Diskriminierung am Arbeitsplatz und mehr zu steigern. Wer sein eigenes Projekt einbringen möchte, kann das über das Projektvorschlagsformular auf der Website der UEEH tun.

Es gibt ein Seminar am 22. Juli zum Thema "Feminismus und die Geschlechterfrage: Der Körper im Krieg".

Der internationale Charakter der UEEH wird durch die starke Präsenz von Vertretern/innen einer Reihe von LGBT-Organisationen in der Türkei, Moldawien, Polen und sogar Libyen und Albanien gewährleistet! Auch Italiener/innen, Spanier/innen, Portugiesen/innen, Belgier/innen, Schweizer/innen und Kanadier/innen aus Quebec planen, teilzunehmen.

Ein vorläufiges Programm kann auf der UEEH-Website gefunden werden und die Anmeldung läuft, das Formular ist sowohl auf Französisch als auch auf Englisch verfügbar. An der Universität stehen 400 Zimmer zur Verfügung, deshalb melden Sie sich bitte umgehend an!

Noch einmal, die UEEH ist eine einmalige Veranstaltung, ein Dreh- und Angelpunkt für Austausch und Kreativität, eine Treffpunkt für viele Unterschiede.

SALTO-YOUTH: REGENBOGEN 2005 TRAINING

[SALTO-YOUTH ist die Organisation für Unterstützung und fortgeschrittene Lern- und Ausbildungsmöglichkeiten im Rahmen des Europäischen Jugendprogramms.]

Ein Trainingsseminar für Jugendpfleger/innen (Sozialarbeiter, Peergruppenleiter/innen...), die sich mit schwulen, lesbischen, bisexuellen und trans/cross Jugendlichen (symbolisiert durch den Regenbogen) befassen – über Möglichkeiten, wie das Europäische Jugendprogramm als Mittel zur Erreichung einer höheren Akzeptanz, Sichtbarkeit und Einbeziehung dieser Zielgruppe genutzt werden kann. (Fristende für Anmeldungen ist der 07. September 2005.)

Weitere Informationen [in englischer Sprache]:

<http://www.salto-youth.net/tcrainbow/>